

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1243  
der Abgeordneten Michael Jungclaus und Sabine Niels  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 5/3219

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1243 vom 16.05.2011:

### ***Risiken der Bodenerosion in Brandenburg vorbeugen***

Am 8. April ereignete sich auf der A 19 in Mecklenburg-Vorpommern ein schweres Verkehrsunfall. In einer Massenkarambolage verloren acht Menschen ihr Leben, weit über 100 wurden verletzt. Von einem angrenzenden Feld hatten Windböen der Stärke acht bis neun Wolken feinen Ackerbodens auf die Fahrbahn geweht, die den Autofahrern die Sicht nahmen. Das Feld war kurz zuvor gepflügt worden. In der Debatte um die Unfallursachen wird u. a. auch die landwirtschaftliche Praxis kritisiert: Auch in Brandenburg wurde die Landschaft zugunsten riesiger Agrarflächen durch Flurbereinigungen ausgeräumt. Wasser- und windbremsende Gehölze, humusreiche Böden, bodenschonende Anbauverfahren mit vielfältigen Fruchtfolgen und Zwischen- und Winterbegrünung sind jedoch dringend notwendig, um Winderosion und auch dessen Extremform Staubwolken wie sie an der A 19 auftraten zu verhindern.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie stellt die Landesregierung kurzfristig sicher, dass vergleichbare Winderosion und insbesondere derartige Auswirkungen in Brandenburg verhindert werden? Welche dafür erforderlichen Maßnahmen insbesondere im Hinblick auf § 4 Abs. 2 und § 17 Bundesbodenschutzgesetz (BodSchG) und beim Anbau von Reihenkultur wie Mais und Zuckerrübe sowie Winterweizen und -raps auf gefährdeten Standorten will die Landesregierung für eine wirksame Bodenerosionsbekämpfung ergreifen?
2. Welche Daten liegen der Landesregierung durch das Fachinformationssystem Bodenschutz (FISBOS) hinsichtlich der (potentiellen) Erosions- und Schadverdichtungsgefährdung sowie der tatsächlichen erosionsbedingten Schädigung land- und forstwirtschaftlich genutzter Böden vor? Welches sind die häufigsten Problemursachen? Welche weiteren konkreten Konsequenzen zieht die Landesregierung aus diesen Erkenntnissen, insbesondere im Hinblick auf die nächste EU-Agrarförderperiode?
3. Was sind die Gründe (z.B. unzureichende Finanzausstattung der Agrarumweltprogramme bzw. Förderhöhe), dass ggf. diese Programm-Maßnahmen auf gefährdeten Lagen nicht flächendeckend umgesetzt werden? Wie müssen ggf. die Programme geändert werden, um die Akzeptanz bei der Landwirtschaft zu erhöhen?

Datum des Eingangs: 24.06.2011 / Ausgegeben: 30.06.2011

4. Zu der auf der Internetseite des MUGV dargestellten potenziellen Erosionsgefährdungsgebieten heißt es, dass die aktuelle standortbezogene Beurteilung noch vervollständigt werden muss. Wie ist der diesbezügliche Sachstand und welche flächenbezogenen Schutzstrategien gegen erosiven Bodenabtrag wurden daraus abgeleitet und wie sollen diese bis wann umgesetzt werden?
5. Das MUGV verweist auf seiner Homepage auf die fachlichen Empfehlungen des ZALF zur Bodenerosionsvermeidung ([www.zalf.de/home\\_zalf/download/soz/grano\\_infoblatt3.pdf](http://www.zalf.de/home_zalf/download/soz/grano_infoblatt3.pdf)). Durch welche Maßnahmen fördert die Landesregierung die dort genannten Maßnahmen konkret und in welcher Größenordnung?
6. Welche Bedeutung kann zur Vermeidung der Bodenerosion den fachlichen Empfehlungen des ZALF sowie der Festlegung einer regionalen Minstdichte an Windschutzhecken und Erosionsschutz-Grasraine im Sinne des § 5 Bundesnaturschutzgesetzes zukommen?
7. Gibt es in Brandenburg Erfassungen zur Dichte von Biotopvernetzungselementen bzw. Strukturelementen wie Gehölze bzw. von Räumen mit Anreicherungsbedarf von Strukturelementen?
8. In welchem Umfang müssen bei Flurbereinigungsverfahren Landschafts(rahmen)pläne insbesondere im Hinblick auf erosionsmindernde Maßnahmen berücksichtigt werden?
9. Welchen verbindlichen Rechtsrahmen und welche Handlungsleitfäden gibt es zur Umsetzung der §§ 37, 39 und 40 Flurbereinigungsgesetz zur Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes im Hinblick auf Maßnahmen der Erosionsvorsorge insbesondere zur Verkürzung der Fließ- und Windwehstrecken durch Größenbegrenzung von Ackerschlägen, Änderung der Bearbeitungsrichtung, Strukturanreicherung durch Anlage von Windschutzhecken und -raine sowie der Schaffung ausreichender Filterbereiche zwischen agrarisch genutzten Flächen und Biotopen in erosionsgefährdeten Landschaften (z.B. Gewässerrandstreifen) und reichen die bestehenden Regelungen erfahrungsgemäß aus, um Erosionsgefahren zu minimieren bzw. wo zeigen sich Defizite und Handlungsbedarf?
10. Unter welchen Bedingungen können ausgeräumte erosionsgefährdete Landschaften mit Windschutzhecken und -raine strukturiert werden, welche Mittel stehen dafür in welchen Förderprogrammen in welcher Höhe zur Verfügung?
11. Welche Stellen sind in Brandenburg mit der Gefahrenabwehr nach BBodSchG und den begleitenden Verordnungen insgesamt befasst und wie haben sich die dafür zuständigen Stellen seit 1994 entwickelt (Bitte insbesondere eingehen auf die Feststellung und Konkretisierung einer schädlichen Bodenveränderung auf Grund von Bodenerosion durch Wasser in § 8 Abs. 1-2 BBodSchV sowie die Beratung hinsichtlich geeigneter erosionsmindernder Maßnahmen nach § 17 Abs. 1 BBodSchG)?
12. In wie vielen Fällen wurde in den vergangenen fünf Jahren durch welche Stelle eine Beratung hinsichtlich geeigneter erosionsmindernder Maßnahmen durchgeführt?
13. Zu wie vielen Fällen kam es zu einer entsprechenden Anordnung nach § 8 Abs. 6 BBodSchV?
14. Im § 3 Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) wird die Winderosion benannt. Gibt es gegen Winderosion rechtliche Regelungen wie bei der Wassererosion im Sinne des § 8 (6) BBodSchV? Wenn nein, wird die Landesregierung entsprechende Regelungen erlassen, um

den Boden und die Bürger auch gegenüber Winderosion wirksam schützen zu können; wenn nein, warum nicht?

15. Bestehende Regelungen im Bundesnaturschutzgesetz zur „guten fachlichen Praxis“ haben sich auch im Bereich des Erosionsschutzes als nicht ausreichend erwiesen. Welche ergänzenden verbindlichen und vollzugsfähigen Rechtspflichten sind bei der ausstehenden Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes zur Konkretisierung dieser Vorgaben zur Vermeidung von Gefahren durch Bodenerosion vorgesehen? Falls dies nicht der Fall sein sollte, warum ist dies nicht vorgesehen?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie stellt die Landesregierung kurzfristig sicher, dass vergleichbare Winderosion und insbesondere derartige Auswirkungen in Brandenburg verhindert werden? Welche dafür erforderlichen Maßnahmen insbesondere im Hinblick auf § 4 Abs. 2 und § 17 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) und beim Anbau von Reihenkultur wie Mais und Zuckerrübe sowie Winterweizen und -raps auf gefährdeten Standorten will die Landesregierung für eine wirksame Bodenerosionsbekämpfung ergreifen?

Zu Frage 1:

Grundsätzlich muss festgestellt werden, dass sich Winderosionsereignisse nicht völlig ausschließen lassen, wenn alle ungünstigen Faktoren gleichzeitig wirken. Es kommt aber darauf an, dass das Risiko so weit wie möglich vermindert wird. In Anerkennung der davon ausgehenden Risiken ist seit 2005 der Schutz vor Bodenerosion in davor nie gekannter Konsequenz in den Focus der landwirtschaftlichen Produktion gerückt.

Mit Einführung der EU-Vorgaben zur Einhaltung der anderweitigen Verpflichtungen im Beihilferecht (Cross Compliance) wird die Gewährung von Direktzahlungen für landwirtschaftliche Betriebe an die Einhaltung der Vorgaben zahlreicher gesetzlicher Regelungen geknüpft. Verstöße gegen diese Regelungen verursachen finanzielle Belastungen in den Betrieben, die das übliche Maß der Bußgeldverfahren erheblich überschreiten. Die bei der Winderosion einzuhaltenden Vorgaben sind in der Direktzahlungen-Verpflichtungen-Verordnung geregelt. Diese sind konkreter als das aktuelle Bodenschutzrecht. Allerdings greifen die Anforderungen des Bodenschutzrechts für erosionsgefährdete Flächen, die über die Feldblockklassifizierung nicht erfasst werden.

Für die landwirtschaftlichen Flächen des Landes Brandenburg wurde im Rahmen der Umsetzung der Cross Compliance – Anforderungen die Erosionsgefährdung für Wasser und Wind ermittelt. Die Klassifizierung der Feldblöcke ist nach dem Grad der Gefährdung im digitalen Feldblockkataster (Referenz) ausgewiesen und den Antragstellern auf Agrarförderung in Vorbereitung auf die Antragstellung mit den Antragsunterlagen mitgeteilt worden.

Für die als erosionsgefährdet klassifizierten Feldblöcke gelten Bewirtschaftungsbeschränkungen, die in § 2 der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung vorgegeben sind. Der Zentrale technische Prüfdienst überprüft die Einhaltung der Bewirtschaftungsbeschränkungen im Rahmen der Cross Compliance – Kontrollen.

Die Vorgaben des § 17 BBodSchG „Gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft“ werden durch die Cross Compliance – Vorgaben und über die landwirtschaftlichen Beratungsstellen bei ihrer Beratungstätigkeit vermittelt und umgesetzt. Landwirtschaftliche Beratungsstelle i.S.d. § 17 Abs. 1 Satz 2 ist gemäß Ziff. 23.8 des Anhangs zur Abfall- und Bodenschutz-Zuständigkeitsverordnung (AbfBodZV) das Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) (siehe auch

Antwort auf Frage 11). § 17 Abs. 2 enthält Grundsätze der guten fachlichen Praxis (gFP), die für die Vorsorge vor Bodenerosion relevant sind. Insbesondere hat die Bodenbearbeitung unter Berücksichtigung der Witterung grundsätzlich standortangepasst zu erfolgen.

Unter bestimmten Anbauverfahren bestehen Risiken nur bei Kulturen mit einem großen Reihenabstand. Dies betrifft in Brandenburg den Anbau von Mais, sofern er nicht im Mulchsaatverfahren oder im Engreihenverfahren mit einem Reihenabstand von ca. 37 cm angebaut wird. Beide Anbauverfahren sind praxisrelevant und seit Jahren Gegenstand der Informationstätigkeit.

Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Feldversuchswesen Brandenburg wurden 2010 Informationspunkte für landwirtschaftliche Betriebe zu wichtigen acker- und pflanzenbaulichen Themen konzipiert. Zum Thema Erosionsschutz ist ein gleichnamiger Informationspunkt der an der Versuchsstation Dedelow des ZALF e. V. in Vorbereitung.

Frage 2:

Welche Daten liegen der Landesregierung durch das Fachinformationssystem Bodenschutz (FISBOS) hinsichtlich der (potentiellen) Erosions- und Schadverdichtungsgefährdung sowie der tatsächlichen erosionsbedingten Schädigung land- und forstwirtschaftlich genutzter Böden vor? Welches sind die häufigsten Problemursachen? Welche weiteren konkreten Konsequenzen zieht die Landesregierung aus diesen Erkenntnissen, insbesondere im Hinblick auf die nächste EU-Agrarförderperiode?

Zu Frage 2:

Für das Land Brandenburg liegen im Geschäftsbereich des MUGV, im Internet veröffentlichte, digitale Karten für die potentielle Wasser- sowie Winderosionsgefährdung und die potentielle Bodenschadverdichtungsgefährdung für landwirtschaftlich genutzte Flächen vor. Die thematischen Karten wurden auf der Grundlage der mittelmaßstäbigen landwirtschaftlichen Standortkartierung der DDR (MMK) entwickelt. Forststandorte sind von der MMK nicht erfasst.

Die Gefährdungspotenziale wurden aus der MMK zugrunde liegenden stabilen Standortfaktoren errechnet. Für die Wasser- und Winderosion erfolgte dies in sechsstufiger (1 = ohne bis 6 = sehr starke Gefährdung), für die Bodenschadverdichtung in 5-stufiger Gefährdungsklassifikation (gering/ mäßig/ erheblich/ stark/ sehr stark gefährdet). Aus den thematischen Überblickskarten können im Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) gebietsdeckende Ausschnittkarten erzeugt werden, innerhalb derer anlassbezogen dann eine aktuelle standortbezogene Beurteilung des tatsächlichen Gefährdungspotenzials ereignisbezogen durch die unteren Bodenschutzbehörden vorgenommen werden kann.

Daten zu den tatsächlichen erosionsbedingten flächeninternen („onsite“) und –externen („offsite“) Schäden auf landwirtschaftlich genutzten Flächen werden im FISBOS nicht vorgehalten, sondern ggf. im Zuge von Untersuchungen zur Gefahrenabwehr durch die unteren Bodenschutzbehörden aufgenommen.

Eine systematische Analyse über Ursachen von Wasser- bzw. Winderosion sowie Bodenschadverdichtung in Brandenburg liegt im Geschäftsbereich des MUGV nicht vor. Mögliche Ursachen für erhebliche Bodenabträge aufgrund von Bodenerosion durch Wasser benennt das BVB-Merkblatt „Handlungsempfehlungen zur Gefahrenabwehr bei Bodenerosion“ des Bundesverbandes Boden (Band 1, 1. Auflage / 2004, S. 18 ff).

In der kommenden Förderperiode könnte der Erosionsaspekt durch die unmittelbare Kopplung der Direktzahlungen an Agrarumweltleistungen (Greening) zusätzlich Gewicht erhalten. Über die konkrete Maßnahmeausgestaltung wird nach Vorliegen der entsprechenden EU-Verordnungen entschieden.

Frage 3:

Was sind die Gründe (z.B. unzureichende Finanzausstattung der Agrarumweltprogramme bzw. Förderhöhe), dass ggf. diese Programm-Maßnahmen auf gefährdeten Lagen nicht flächendeckend umgesetzt werden? Wie müssen ggf. die Programme geändert werden, um die Akzeptanz bei der Landwirtschaft zu erhöhen?

Zu Frage 3:

In bestimmten Förderprogrammen der „Agrarumweltmaßnahmen“ nach Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 werden erosionsmindernde Maßnahmen angeboten. So ist z.B. das Förderprogramm 675 Winterbegrünung ein solches Programm. In allen Betrieben, die Grünlandprogramme umsetzen, besteht das Verbot, den Grünlandanteil des Betriebes zu verringern. Im Programm kontrolliert-integrierter Gartenbau bestehen Begrünungsaufgaben für Gemüseflächen. Die genannten Programme stehen grundsätzlich allen Betrieben des Landes offen und können auf den relevanten Flächen umgesetzt werden. Die Akzeptanz der Programme ist in Brandenburg vergleichsweise hoch, so dass kein Änderungsbedarf besteht.

Aber auch Pflegevorgaben zur Erhaltung aus der Erzeugung genommener landwirtschaftlicher Flächen in gutem landwirtschaftlichem und ökologischem Zustand im Rahmen der Direktzahlungen beinhalten zwingend eine Begrünung und lassen Schwarzbrachen nicht zu.

Frage 4:

Zu der auf der Internetseite des MUGV dargestellten potenziellen Erosionsgefährdungsgebieten heißt es, dass die aktuelle standortbezogene Beurteilung noch vervollständigt werden muss. Wie ist der diesbezügliche Sachstand und welche flächenbezogenen Schutzstrategien gegen erosiven Bodenabtrag wurden daraus abgeleitet und wie sollen diese bis wann umgesetzt werden?

Zu Frage 4:

Die jeweils festgestellte bzw. errechnete und digital ausgewiesene potentielle Erosionsgefährdung (siehe Antwort zu Frage 2 / FISBOS) muss durch eine aktuelle standortbezogene Beurteilung ergänzt werden, um das tatsächliche Erosionsrisiko zu ermitteln, was zum Beispiel im Rahmen der Gefahrenabwehr bereits eingetretener schädlicher Bodenveränderungen durch (Wasser-)Erosion erfolgen kann. Diese Situationsaufnahme ist nur vor Ort zu leisten und kann nicht zentral durch das LUGV bzw. Auftragnehmer durchgeführt werden. Nur vor Ort besteht u.a. die genaue Flächenkenntnis und können veränderliche Nutzungsfaktoren unmittelbar erfasst sowie die Witterung bedarfsweise aktuell bestimmt werden. Die daraus entwickelten und auf die Einzelflächen bezogenen Schutzstrategien können so direkt und umgehend den Flächeneigentümern bzw. -bewirtschaftern vermittelt und durch diese auch umgesetzt werden.

Frage 5:

Das MUGV verweist auf seiner Homepage auf die fachlichen Empfehlungen des ZALF zur Bodenerosionsvermeidung ([www.zalf.de/home\\_zalf/download/soz/grano\\_infoblatt3.pdf](http://www.zalf.de/home_zalf/download/soz/grano_infoblatt3.pdf)). Durch welche Maßnahmen fördert die Landesregierung die dort genannten Maßnahmen konkret und in welcher Größenordnung?

Zu Frage 5:

Die angegebene Linksetzung ist organisatorisch auf der MUGV-Homepage nicht vorhanden, konnte aber inhaltlich zugeordnet werden. Die im verlinkten ZALF-Infoblatt 3 „Bodenerosion vermeiden - Geeignete Schutzmaßnahmen zur Reduktion von Bodenverlusten durch Wind- und Wassererosion

auf landwirtschaftlichen Nutzflächen“ (2002) aufgelisteten Schutzmaßnahmen dienen der Vermeidung von Wind- und Wassererosion und sind in erster Linie ackerbauliche Maßnahmen, die durch die Flächenbewirtschaftler zu initiieren sind.

Einzelne Schutzmaßnahmen sind Bestandteil der Cross Compliance Regelungen und binden die Antragsteller von Direktzahlungen an die Einhaltung der anderweitigen Verpflichtungen. Dies betrifft z. B. die Begrünungsaufgaben bei den aus der Produktion genommenen Flächen (vergleichbar den früheren Stilllegungsflächen) sowie das Vermeiden des Pflugeinsatzes und die Aufgaben zur unverzüglichen Wiederbestellung auf wasser- bzw. winderosionsgefährdeten Flächen. Andere Schutzmaßnahmen sind Bestandteil der Agrarumweltmaßnahmen und erhalten somit unmittelbar eine Förderung aus EU-, Bundes- und Landesmitteln. In diese Maßnahmen gehören der Zwischenfruchtanbau, einschließlich der Untersaaten, der mit 70 €/ha gefördert wird, und die Begrünungsaufgabe im kontrolliert - integrierten Gemüsebau mit einem Fördersatz von 75 €/ha. Unter den geforderten Maßnahmen Fruchtartenauswahl und Fruchtfolgegestaltung ist die Vorgabe zum Erhalt der Grünlandfläche im Gesamtbetrieb zu subsumieren, die in allen flächenbezogenen Agrarumweltmaßnahmen gilt, z. B. in der Grünlandextensivierung und im ökologischen Landbau mit Fördersätzen zwischen 130 und 150 €/ha und einer geförderten Fläche von aktuell ca. 100.000 bzw. 113.000 ha.

Die Wirkung einer rauen Ackeroberfläche, die durch besondere Bodenbearbeitungsmaßnahmen verstärkt werden kann, wird gegenwärtig durch das ZALF unter Praxisbedingungen in Brandenburg geprüft.

Durch die mit der GAP-Reform 2003 eingeleitete Entkoppelung der Direktzahlungen und der Einbeziehung von Landschaftselementen in die beihilfefähige Fläche ist ein wichtiges Hindernis für eine erosionsmindernde Flurgestaltung durch Schutzpflanzungen auf landwirtschaftlichen Flächen ausgeräumt worden. Die Anlage von Schutzpflanzungen in Form von Hecken und Baumreihen oder Feldgehölzen gefährdet die Beihilfefähigkeit der landwirtschaftlichen Flächen nicht. Landwirtschaftsbetriebe machen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Zweifelsohne ist das dafür vorhandene Potenzial noch nicht ausgeschöpft.

Frage 6:

Welche Bedeutung kann zur Vermeidung der Bodenerosion den fachlichen Empfehlungen des ZALF sowie der Festlegung einer regionalen Minstdichte an Windschutzhecken und Erosionsschutz-Grasraine im Sinne des § 5 Bundesnaturschutzgesetzes zukommen?

Zu Frage 6:

Hierzu wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

In der geltenden Fassung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG vom 29.7.2009) ist die in der Vorläuferfassung (BNatSchG vom 25.3.2002) in dessen § 5 Absatz 3 geregelte Festsetzung einer regionalen Minstdichte von Vernetzungselementen nicht mehr vorgesehen.

Frage 7:

Gibt es in Brandenburg Erfassungen zur Dichte von Biotopvernetzungselementen bzw. Strukturelementen wie Gehölze bzw. von Räumen mit Anreicherungsbedarf von Strukturelementen?

Zu Frage 7:

Untersuchungen zur Erfassung der räumlichen Dichte von Biotopvernetzungselementen liegen nicht vor. Landschaftsräume, in denen ein Bedarf an Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für Natur- und Landschaft besteht, werden grundsätzlich in den Landschaftsrahmenplänen der Kreise und Kreisfreien Städte sowie in den Landschaftsplänen der Kommunen dargestellt.

Frage 8:

In welchem Umfang müssen bei Flurbereinigungsverfahren Landschafts(rahmen)pläne insbesondere im Hinblick auf erosionsmindernde Maßnahmen berücksichtigt werden?

Zu Frage 8:

Die Vorgaben der Landschafts(rahmen)pläne sind zu berücksichtigen. Soweit den Inhalten der Landschafts(rahmen)pläne nicht Rechnung getragen werden kann, ist dies zu begründen und mit den Trägern öffentlicher Belange abzustimmen. Gleichzeitig wird im Zuge dieser verfahrensbezogenen Trägerbeteiligung gewährleistet, dass geplante Maßnahmen im Flurneuordnungsverfahren Maßnahmen anderer Planungsträger nicht entgegenstehen.

Frage 9:

Welchen verbindlichen Rechtsrahmen und welche Handlungsleitfäden gibt es zur Umsetzung der §§ 37, 39 und 40 Flurbereinigungsgesetz zur Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes im Hinblick auf Maßnahmen der Erosionsvorsorge insbesondere zur Verkürzung der Fließ- und Windwehstrecken durch Größenbegrenzung von Ackerschlägen, Änderung der Bearbeitungsrichtung, Strukturanreicherung durch Anlage von Windschutzhecken und -raine sowie der Schaffung ausreichender Filterbereiche zwischen agrarisch genutzten Flächen und Biotopen in erosionsgefährdeten Landschaften (z.B. Gewässerrandstreifen) und reichen die bestehenden Regelungen erfahrungsgemäß aus, um Erosionsgefahren zu minimieren bzw. wo zeigen sich Defizite und Handlungsbedarf?

Zu Frage 9:

Eine verbindliche Vorgabe für die Umsetzung erosionsschutzmindernder Maßnahmen gibt es in der Flurbereinigung nicht. Entsprechende Empfehlungen zum Umgang mit der Thematik in Flurbereinigungsverfahren werden im Sonderheft „Landentwicklung und Landeskultur – Der Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen (Plan nach § 41 FlurbG)“ des für Landwirtschaft zuständigen Bundesministeriums gegeben.

Gemäß Flurbereinigungsgesetz sind im Rahmen der Neugestaltung aus Gründen des Naturschutzes und der Landschaftspflege die natürlichen Gegebenheiten der Landschaft in ihren Wechselwirkungen zu erhalten sowie bodenschützende und landschaftsgestaltende Maßnahmen vorzunehmen.

Zudem bedingt die Neugestaltung des Verfahrensgebietes die Realisierung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur Kompensation der Eingriffe in Natur und Landschaft. Diese auf die Bedürfnisse im Verfahrensgebiet abgestimmten Maßnahmen wie z. B. Heckenpflanzungen, Anlage von Wegebegleitgrün, Ausweisung von Gewässerrandstreifen oder von Sukzessionsflächen verbessern großflächig den Erosionsschutz und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Landschaftsgestaltung. Grundsätzlich werden in allen Flurbereinigungsverfahren im Land Brandenburg derartige Maßnahmen umgesetzt. Darüber hinaus wird die Flurbereinigung gezielt für die Bereitstellung von Flächen für den Hochwasserschutz (Elbtalaue) eingesetzt und leistet so einen erheblichen Beitrag zur Gewässerentwicklung und zur Hochwasservorsorge.

Die Verantwortung für die Umsetzung der o.g. Maßnahmen liegt im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Teilnehmergeinschaft, da diese gemäß Brandenburgischem Landentwicklungsgesetz für die Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes zuständig ist,.

Zusätzlicher Handlungsbedarf wird nicht gesehen, da die bestehenden Regelungen erfahrungsgemäß ausreichen um entsprechende Maßnahmen in Flurbereinigungsverfahren umsetzen zu können.

Frage 10:

Unter welchen Bedingungen können ausgeräumte erosionsgefährdete Landschaften mit Windschutzhecken und -raine strukturiert werden, welche Mittel stehen dafür in welchen Förderprogrammen in welcher Höhe zur Verfügung?

Zu Frage 10:

Grundsätzlich sind Landschaftselemente wie Hecken und Baumreihen für Flächenzahlungen, Direktzahlungen und Agrarumweltmaßnahmen beihilfefähig. Einer Neuanpflanzung von Windschutz erzeugenden Landschaftsmerkmalen steht somit beihilferechtlich nichts im Wege (siehe Antwort auf Frage 5).

Zu den von der Stiftung Naturschutzfonds Brandenburg geförderten Projekten gehören auch solche zur Anpflanzung von Hecken.

Frage 11:

Welche Stellen sind in Brandenburg mit der Gefahrenabwehr nach BBodSchG und den begleitenden Verordnungen insgesamt befasst und wie haben sich die dafür zuständigen Stellen seit 1994 entwickelt (Bitte insbesondere eingehen auf die Feststellung und Konkretisierung einer schädlichen Bodenveränderung auf Grund von Bodenerosion durch Wasser in § 8 Abs. 1-2 BBodSchV sowie die Beratung hinsichtlich geeigneter erosionsmindernder Maßnahmen nach § 17 Abs. 1 BBodSchG)?

Zu Frage 11:

Für die Ermittlung des Sachverhaltes bei Anhaltspunkten für eine schädliche Bodenveränderung und deren Feststellung sowie für Maßnahmen zur Erfüllung der sich aus § 4 BBodSchG ergebenden Pflichten (Gefahrenabwehr) sind seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes 1999 gemäß Abfall- und Bodenschutz-Zuständigkeitsverordnung (AbfBodZV) Nr. 23.2 bzw. Nr. 23.3 die Landkreise und kreisfreien Städte als untere Bodenschutzbehörden zuständig. Zu den Aufgaben der unteren Bodenschutzbehörden gehört auch der Vollzug des § 8 BBodSchV.

Das behördliche Vorgehen bei der Gefahrenabwehr von schädlichen Bodenveränderungen auf Grund von Bodenerosion durch Wasser erfolgt auf der Basis der im § 8 BBodSchV fixierten Rahmenregelung, konkretisiert durch die „Handlungsempfehlungen zur Gefahrenabwehr bei Bodenerosion“ des Bundesverbandes Boden (BVB-Merkblatt Band 1, 1. Auflage (2004)). Die unteren Bodenschutzbehörden werden themenbezogen durch MUGV und LUGV geschult, so dass der erforderliche Sach- und Fachverstand vorgehalten wird.

Angaben zur Stellenentwicklung in den unteren Bodenschutzbehörden und zum anteiligen Personaleinsatz für das Thema Bodenerosion liegen der Landesregierung nicht vor.



Im Rahmen der Gefahrenabwehr von schädlichen Bodenveränderungen durch Wassererosion ist gemäß § 8 Abs. 6 BBodSchV der zuständigen Beratungsstelle gem. § 17 BBodSchG (in Brandenburg: LELF) die Gelegenheit zu geben, im Rahmen der Beratung geeignete erosionsmindernde Maßnahmen für die Nutzung der Erosionsfläche zu empfehlen. Hinsichtlich der für die Beratung nach § 17 Abs. 1 BBodSchG zuständigen Stelle wird auf die Antwort zu Frage 1 hingewiesen.

Frage 12:

In wie vielen Fällen wurde in den vergangenen fünf Jahren durch welche Stelle eine Beratung hinsichtlich geeigneter erosionsmindernder Maßnahmen durchgeführt?

Zu Frage 12:

Erosionsmindernde Anbauverfahren, z. B. Mulch- und Direktsaaten, sind langjähriger Versuchsgegenstand und Inhalt von Feldtagen und Fachveranstaltungen der in Brandenburg und Berlin ansässigen Hochschulen und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen, z. B. des ZALF. Darüber hinaus hat die Wirtschaft (Züchtung, Saatgut, Agrochemie, Landmaschinen) das Thema seit Jahren aufgegriffen und informiert landwirtschaftliche Betriebe. Neue rechtliche Regelungen finden Eingang in die jährlichen Schulungen der in Brandenburg tätigen landwirtschaftlichen Fachberater und in die Schulungen in jedem Landkreis im Rahmen der Antragstellung auf Agrarförderung.

Dennoch betrachtet die Landesregierung die Ausgestaltung eines Informationspunktes Erosionsschutz als erforderlich (siehe Antwort auf Frage 1).

Eine Erhebung über die Anzahl der Teilnehmer und die Akteure an Fachtagungen, Feldtagen und über individuelle Anfragen wurde nicht durchgeführt.

Hervorzuheben ist jedoch, dass im Rahmen der Schulungen zur Ausgabe der Antragsunterlagen an die Antragsteller auf Agrarförderung durch die Landkreise und kreisfreien Städte zu den einzuhaltenden Erosionsschutzauflagen informiert wurde. In den Jahren 2010 und 2011 nahmen 2.226 bzw. 2.717 Landwirte an solchen Schulungen teil.

Ergänzend werden jedem Antrag stellenden Landwirtschaftsbetrieb und der interessierten Öffentlichkeit die Informationsbroschüre Cross Compliance mit den Erosionsschutzregelungen in der jährlich überarbeiteten Fassung zur Verfügung gestellt und auf der Internetseite des MIL zum Herunterladen angeboten.

Frage 13:

Zu wie vielen Fällen kam es zu einer entsprechenden Anordnung nach § 8 Abs. 6 BBodSchV?

Zu Frage 13:

Nach aktueller Abfrage bei den zuständigen unteren Bodenschutzbehörden in den Landkreisen und kreisfreien Städten wurde in Brandenburg keine Anordnung nach § 8 Abs. 6 BBodSchV getroffen.

Frage 14:

Im § 3 Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) wird die Winderosion benannt. Gibt es gegen Winderosion rechtliche Regelungen wie bei der Wassererosion im Sinne des § 8 (6) BBodSchV? Wenn

nein, wird die Landesregierung entsprechende Regelungen erlassen, um den Boden und die Bürger auch gegenüber Winderosion wirksam schützen zu können; wenn nein, warum nicht?

Zu Frage 14:

Die Bundes-Bodenschutzverordnung (BBodSchV) enthält nur Vorschriften für die Gefahrenabwehr von schädlichen Bodenveränderungen auf Grund von Bodenerosion durch Wasser. Eine entsprechende Regelung für die Winderosion gibt es nicht. Der Umweltministerkonferenz (UMK) liegt derzeit ein Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern vor, mit dem der Bund aufgefordert wird, im Rahmen der derzeitigen Novellierung der BBodSchV auch eine Regelung zur Winderosion aufzunehmen. Dieser Antrag wird von der Landesregierung unterstützt. Eine landesrechtliche Regelungsbefugnis besteht nicht, jedoch wird der Vollzug durch Veröffentlichung von Merkblättern und anderen Fachinformationen sowie durch Schulungen unterstützt.

Gegenstand der Cross Compliance – Anforderungen zur Gewährung von Direktzahlungen ist auch die Klassifizierung der landwirtschaftlichen Flächen nach ihrer Gefährdung durch Winderosion. In Brandenburg ist die Klassifizierung der Feldblöcke nach ihrer Gefährdung durch Winderosion ermittelt und im digitalen Feldblockkataster seit 2009 ausgewiesen worden. Die Antragsteller auf Agrarförderung wurden in Vorbereitung auf die Antragstellung mit den Antragsunterlagen darüber informiert.

Für die als winderosionsgefährdet klassifizierten Feldblöcke gelten Bewirtschaftungsbeschränkungen, die in § 2 der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung vorgegeben sind. Der Zentrale technische Prüfdienst überprüft die Einhaltung der Bewirtschaftungsbeschränkungen im Rahmen der Cross Compliance – Kontrollen.

Frage 15:

Bestehende Regelungen im Bundesnaturschutzgesetz zur „guten fachlichen Praxis“ haben sich auch im Bereich des Erosionsschutzes als nicht ausreichend erwiesen. Welche ergänzenden verbindlichen und vollzugsfähigen Rechtspflichten sind bei der ausstehenden Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes zur Konkretisierung dieser Vorgaben zur Vermeidung von Gefahren durch Bodenerosion vorgesehen? Falls dies nicht der Fall sein sollte, warum ist dies nicht vorgesehen?

Zu Frage 15:

§ 5 Absatz 2 Nummer 5 BNatSchG bezieht sich u. a. auf den Schutz erosionsgefährdeter Hänge durch Aufnahme eines Grünlandumbruchsverbots auf derartigen Standorten. Die Vorschrift ist in Verbindung mit § 14 Absatz 2 und § 17 Absatz 8 BNatSchG vollzugsfähig.